

Im Osten nichts Neues?

Ein Länderporträt über Palästina

von Kristina Milz



Friedenstaube trifft auf Wirklichkeit: ein Souvenir-Laden in Bethlehem, Westjordanland
Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Kristina Milz

Mehrere Jahrzehnte beherrschte der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern die europäischen Schlagzeilen über den Nahen Osten. Seit 2011 steht er im medialen Schatten des sogenannten „Arabischen Frühlings“ und dessen Folgen: Der Krieg in Syrien und der Terror des selbsternannten „Islamischen Staates“ (IS) in den Nachbarländern verdrängten den bisher als am wichtigsten erachteten Konflikt im Nahen Osten von der Agenda des Westens. Die Entwicklung im „Heiligen Land“ findet der aufmerksame Zeitungsleser derzeit eher in den Randspalten. Eines vernachlässigt die Berichterstattung über Israel und Palästina dabei damals wie heute: Auf beiden Seiten leben nicht nur Kontrahenten eines Konflikts, sondern vor allem Menschen, die versuchen, ihren Alltag zu meistern. In diesem Porträt soll es um die Menschen in Palästina gehen: um die Bürger eines Staates, der offiziell nicht existiert.

Dachau im Oktober 2016: Abeer Ayyoub aus Gaza-Stadt sitzt im Kinosaal der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers. Es läuft der berühmte Film von 1969, basierend auf den Aufnahmen von US-Kriegsberichterstattern, die bei der Befreiung des Lagers 1945 vor Ort waren.¹ 22 Minuten über dokumentiert der Schwarz-Weiß-Film Leben, Leiden und Sterben der Dachauer Häftlinge – der Kommunisten, Priester, Homosexuellen, Sinti, Roma und: der Juden. Der jungen Palästinenserin laufen Tränen über das Gesicht. Die in der arabischen Welt so üblichen Vergleiche der Situation ihrer Landsleute mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern² hält sie für unangebracht – das formuliert sie auch sehr bestimmt gegenüber denen, die ihren Besuch der Gedenkstätte auf *Facebook* kritisieren und in den Israelis, den Juden – für viele sind das Synonyme – Faschisten und Unterdrücker sehen, die den Nationalsozialisten in nichts nachstehen. All das sieht Ayyoub anders, doch ihr Respekt vor den Opfern der Shoah ändert nichts daran, dass der Gaza-Streifen auch für sie „das größte Freiluftgefängnis der Welt“ ist. Und dass die Bilder im Film sie auch deshalb

besonders berühren, weil sie selbst genau weiß, wie Tote aussehen, wenn sie vor einem liegen. Der letzte Krieg in Gaza ist nicht einmal zweieinhalb Jahre her.



Yallah Selfie: Journalistin Abeer Ayyoub aus Gaza
Foto: privat

1 Die Jahrzehnte alte Produktion ist längst selbst Gegenstand der Forschung über den Umgang mit der Geschichte der Konzentrationslager in der Bundesrepublik Deutschland, vgl. dazu Christian König: Der Dokumentarfilm „KZ Dachau“. Entstehungsgeschichte – Filmanalyse – Geschichtsdeutung, München 2010.

2 Viele Palästinenserinnen und Palästinenser benutzen den Begriff „Holocaust“, wenn sie über das Verhalten Israels ihnen gegenüber sprechen. Wieder andere leugnen die Shoah und sehen sie als Erfindung der Juden, um die Staatswerdung Israels zu rechtfertigen.

Abeer Ayyoub ist eine streitbare Persönlichkeit. Die 29-Jährige ist das menschgewordene Anti-Klischee einer Palästinenserin. Für manche ist sie von allem etwas zu viel: zu selbstbewusst, zu laut, zu meinungsstark. Vielleicht muss sie das sein; der Beruf, den sie gewählt hat, fordert sie, ihre Verwandten, ihre Freunde, ja, die Gesellschaft, in der sie lebt, jeden Tag aufs Neue heraus: Ayyoub ist Reporterin und zwar eine, die es ernst meint mit den Ansprüchen aus dem Lehrbuch für Qualitätsjournalismus. Das ist an und für sich schon ein Grund, auf der Hut zu sein in dem schmalen Streifen Land, der von der islamistischen *Hamas*³ – von der EU als Terrororganisation eingestuft –, regiert wird. Um die Meinungsfreiheit ist es in Gaza nicht gut bestellt: Die Islamisten verbieten beispielsweise Demonstrationen, die sich für eine Aussöhnung des innerpalästinensischen Bruderkriegs zwischen

der *Hamas* und ihrem säkular orientierten Gegenstück *Fatah* aussprechen, erzählt Ayyoub. Proteste, die der in Gaza seit 2007 regierenden Partei in die Hände spielen, werden dagegen geduldet: Nachdem Mahmud Abbas im Herbst 2016 die Beerdigung des israelischen Politikers Schimon Peres⁴ besuchte, brannten auf Gazas Straßen Fotos des Palästinenserpräsidenten. Kritische Berichterstattung ist in Gaza dagegen unerwünscht.⁵ Abeer Ayyoub ist aber nicht nur ein gutes Beispiel für eine Journalistin, die um unabhängige Recherchemöglichkeiten innerhalb einer autokratischen Gesellschaft kämpft. Nach der Meinung nicht weniger Landsleute steht sie sogar mit dem Teufel im Bunde: Die junge Frau schreibt auch für die linksliberale israelische Tageszeitung *Ha'Arezt*.

Der Jahrzehnte währende Konflikt der arabischen Nachbarstaaten mit dem jüdischen Staat beschränkt sich

Die arabisch-israelischen Kriege

| | arabische Bezeichnung | israelische Bezeichnung | direkte Kriegsparteien |
|---------|---------------------------------|----------------------------------|--|
| 1948/49 | „an-Nakba“ („Katastrophe“) | „Unabhängigkeitskrieg“ | Ägypten, Syrien, Libanon, Transjordanien und Irak–Israel |
| 1956 | „Suez-Krieg“ | „Sinai-Krieg“/„Operation Kadesh“ | Israel, Großbritannien und Frankreich–Ägypten |
| 1967 | „Juni-Krieg“ | „Sechstage-Krieg“ | Israel–Ägypten, Syrien und Jordanien |
| 1973 | „Oktober-Krieg“/„Ramadan-Krieg“ | „Yom-Kippur-Krieg“ | Ägypten und Syrien–Israel |
| 1982 | „al-ljtiyah“ („Invasion“) | „Libanon-Krieg“ | Israel–Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) im Libanon und Syrien |
| 2006 | „Juli-Krieg“/„33-Tage-Krieg“ | „Zweiter Libanon-Krieg“ | Israel–Hizbollah im Libanon |

.....
 3 Der Begriff bedeutet „Eifer“ und ist zugleich ein Akronym für *Harakat al-Muqawama al-islamiya*, „islamische Widerstandsbewegung“. Eine ältere, doch nichtsdestoweniger lesenswerte Analyse insbesondere der Ursprünge der *Hamas* stammt von Joseph Croitoru: *Hamas. Der islamische Kampf um Palästina*, München 2007.

.....
 4 Der Friedensnobelpreisträger ist am 28. September 2016 im Alter von 93 Jahren gestorben. Ein Nachruf auf den „Homo politicus“: Dominik Peters: Auf der Suche nach der verlorenen Zeit, in: zenithonline, 28.09.2016, <http://zenithonline.org/schimon-peres-ist-tot-auf-der-suche-nach-der-verlorenen-zeit> [Stand: 16.11.2016].
 5 In der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen werden die Palästinensergebiete derzeit auf Platz 132 von 180 Staaten geführt. Auch Freedom House schätzt die Pressefreiheit in allen Unterbereichen als „nicht frei“ ein. Vgl. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2016/Rangliste_der_Pressefreiheit_2016.pdf; <https://freedomhouse.org/report/freedom-press/2016/west-bank-and-gaza-strip> [Stand: 16.11.2016].

in den vergangenen Jahren auf die eng begrenzte Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern. Die beiden Intifadas⁶ kosteten tausende Menschen das Leben. Längst haben Ägypten und Jordanien offiziell ihren Frieden mit Israel gemacht⁷, an der Grenze zum Libanon kommt es nur noch zu kleineren Scharmützeln⁸, Syrien hat seit Jahren bekanntermaßen gravierendere Probleme als den ungeliebten Nachbarn im Süden⁹. Im Schatten der Berichterstattung über andere Brandherde der Region brodeln der Kern des Konflikts unterdessen unvermindert weiter. Erst im Oktober erschoss ein Palästinenser aus Ostjerusalem an einem Bahnhof aus einem fahrenden Auto heraus zwei Menschen – die Hamas bezeichnete den Mann als aktives Mitglied der Bewegung.¹⁰ Radikale jüdische Siedler greifen Palästinenser an; junge Palästinenserinnen und Palästinenser machen Schlagzeilen, weil sie mit Messern auf Israelis losgehen.¹¹ Doch auch die Verhältnismäßigkeit des Umgangs der israelischen Polizisten und Soldaten mit den Angreifern steht in der Kritik: Etliche wurden erschossen, auch wenn sie Augenzeugen zufolge

zu diesem Zeitpunkt bereits handlungsunfähig waren. Soldaten und Sicherheitskräfte haben die Anweisung, bei einem Angriff unverzüglich das Feuer zu eröffnen.¹² Die Praxis der israelischen Besatzung – der stete Ausbau der jüdischen Siedlungen, der Umgang mit den Palästinensern an den Checkpoints, die Wasser- und Stromversorgungspolitik – sorgt weiterhin für scharfe Diskussionen. Und doch dürfen weder Israelis noch Palästinenser nur als Protagonisten in einem Territorialkonflikt betrachtet werden. Es lohnt sich, den Alltag der Menschen zu betrachten, der auch, aber nicht nur von der politischen Situation bestimmt wird.

Was ist Palästina?

Genau genommen gibt es das gar nicht: Palästina. Wohl als Geschichte, auch als Idee, nicht aber als Bezeichnung für einen souveränen Staat auf der Weltkarte des Jahres 2016. Auf international-diplomatischem Terrain unter mit Israel verbündeten Staaten ist meist von „palästinensischen Gebieten“ die Rede. Die Staatlichkeit Palästinas ist hoch umstritten¹³ – doch souverän ist das territorial unzusammenhängende Gebilde ohne jeden Zweifel nicht. Nur wenige Staaten, allen voran Israel selbst, bestreiten, dass das Kerngebiet der Palästinenser seit mittlerweile fünfzig Jahren besetzt ist. 1995 wurde das den Palästinensern im Teilungsplan der Vereinten Nationen (UN) von 1947 zugesprochene Westjordanland schließlich in drei Zonen unterteilt¹⁴, die unterschiedliche Souveränitätsstatus bedeuten: Zone A ist das Selbstverwaltungsgebiet der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA)¹⁵, in Zone B

6 Der Begriff geht auf das arabische Verb für „sich erheben, abschütteln“ zurück und steht für die Aufstände der Palästinenser gegen Israel. Die erste *Intifada*, die oftmals verharmlosend als „Krieg der Steine“ betitelt wird, dauerte von 1987 bis 1991 und bezeichnet den zivilen Ungehorsam der Palästinenser, der schließlich in palästinensischen Terror und Gewaltakte auf beiden Seiten eskalierte. Der zweite Aufstand, als *Al-Aqsa-Intifada* bekannt, begann im Jahr 2000 mit Protesten gegen den Besuch des von mehr als tausend Polizisten begleiteten israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg. Wieder folgte eine massive Gewaltwelle – erst 2005 vereinbarte Palästinenserpräsident Abbas mit Scharon einen Waffenstillstand im ägyptischen Sharm el-Sheikh.

7 Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag wurde 1979 in Washington geschlossen, als Zeuge unterschrieb der damalige US-Präsident Jimmy Carter. Anwar as-Sadat, der ägyptische Präsident, wurde wegen des arabischen Tabubruchs der Anerkennung Israels zwei Jahre später von Islamisten ermordet. Der Friedensvertrag mit Jordanien folgte erst 1994 unter der Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton. Die Originaltexte sind online einsehbar: <http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/peace/guide/pages/israel-egypt%20peace%20treaty.aspx> u. <http://www.kinghussein.gov.jo/peacetreaty.html> [Stand: 16.11.2016].

8 Der letzte Krieg zwischen Libanon und Israel liegt mittlerweile ein Jahrzehnt zurück. Die mit der *Hamas* verbündete libanesische *Hizbollah*-Miliz ist jedoch für Zwischenfälle an der Grenze verantwortlich, bei der auch immer wieder Menschen getötet werden.

9 Vgl. auch das Länderporträt der Autorin Kristina Milz: Syrien stirbt, in: *Einsichten und Perspektiven*. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, 1 (2016), S. 4–21.

10 Vgl. die *dpa*-Meldung: Zwei Tote durch Schüsse aus Auto in Jerusalem, in: *Zeit Online*, 09-10-2016, <http://www.zeit.de/news/2016-10/09/konflikte-zwei-tote-durch-schuesse-aus-auto-in-jerusalem-09193402> [Stand: 16.11.2016].

11 Israelische Medien haben für die gehäuften Vorfälle im Oktober 2015 den Begriff „Messer-Intifada“ geprägt. Vgl. beispielsweise Israel Harel: Netanyahu Is Helpless in the Face of Palestinian Solidarity, in: *Ha’Aretz*, 03.03.2016, <http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.706666> [Stand: 16.11.2016].

12 Dabei sind 200 Palästinenser erschossen worden. Vgl. dazu den ARTE-Bericht vom 22.04.2016: <http://info.arte.tv/de/israel-und-palaestina-gegen-die-messer-intifada> [Stand: 16.11.2016].

13 Israel und seine Verbündeten wehren sich gegen diese Vorstellung. Viele Staaten erkennen den palästinensischen Staat jedoch an: Eine diplomatische Welle begann im Dezember 2010 in den lateinamerikanischen Staaten von Brasilien bis Peru, Island folgte 2011. In Europa benannten im selben Jahr Großbritannien, Spanien und Österreich die palästinensischen Vertretungen zu Botschaften um. Im November 2012 wurde die Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) auf Antrag des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas zum Beobachterstaat der Vereinten Nationen aufgewertet; Deutschland hatte sich der Stimme enthalten. Mit diesem Status können die Palästinenser Klagen beim Internationalen Gerichtshof erheben.

14 Dies geschah im Rahmen des „Interimsabkommens über das Westjordanland und den Gazastreifen“ vom 28.09.1995, besser bekannt als „Oslo II“. Der Volltext findet sich hier: <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Peace/interim.html> [Stand: 16.11.2016].

15 Sie wurde 1994 als Teil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ als quasi-staatliche Einrichtung geschaffen. In den Osloer Verträgen war die Zukunft der PA nicht explizit geregelt, es herrschte jedoch Konsens darüber, dass sie die Basis für einen zu gründenden Palästinenserstaat bilden sollte.

kümmern sich die Palästinenser dem Plan zufolge selbst um die zivilen Angelegenheiten, stehen jedoch unter der Kontrolle des israelischen Militärs. Zone C – 62 Prozent des Territoriums – wird gänzlich vom israelischen Militär verwaltet. Ein Blick auf die jüngste Karte der UN macht deutlich, wie komplex dieses System ist: Bei den Zonen handelt es sich mitnichten um großflächige Einteilungen, sondern vielmehr um einen Flickenteppich, der dafür sorgt, dass die israelische Kontrolle im ganzen Gebiet gewährleistet ist. Das Festhalten an der Souveränität über die Sicherheitspolitik liegt auch darin begründet, dass mittlerweile mehr als eine halbe Million israelische Staatsbürger in Siedlungen im Westjordanland leben, die vom Militär geschützt werden. Die Siedlungen selbst sowie ein mal mehr, mal weniger großes Gebiet um sie herum, dürfen von Palästinensern nicht betreten werden. Anders ist es in Gaza, dem Küstenstreifen am östlichen Mittelmeer: Hier haben sich die Israelis militärisch zurückgezogen und gegen den Widerstand der Siedler deren Häuser zwangsgeräumt. Heute kontrolliert Israel die nördliche und östliche Grenze zum eigenen Staatsgebiet, Ägypten wacht über den Süden. Innerhalb Gazas hat die *Hamas* faktisch die komplette Kontrolle übernommen.

Der historische Palästina-Begriff bezeichnete einst Teile des Gebiets der heutigen Staaten Israel und Jordanien sowie den Gaza-Streifen und das Westjordanland. Über vier Jahrhunderte herrschten hier die Osmanen. Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, an dessen Ende das britische Völkerbund-Mandat¹⁶ über das Gebiet stand, lebten rund 720.000 Menschen in Palästina: 83 Prozent Muslime, elf Prozent Christen und fünf Prozent Juden, die in Jerusalem allerdings bereits zum damaligen Zeitpunkt die größte



Quelle: weltkarte.com

Bevölkerungsgruppe ausmachten.¹⁷ Das Erstarken des europäischen Antisemitismus (und damit einhergehend auch des Zionismus) sowie schließlich die Ermordung der europäischen Juden führten dazu, dass sich immer mehr verfolgte Menschen auf den Weg ins „Gelobte Land“ machten. Auseinandersetzungen zwischen arabischen und jüdischen Bewohnern nahmen zu – die Vereinten Nationen arbeiteten eine Lösung des Konflikts aus, indem Palästina in zwei Staaten geteilt werden sollte: einen jüdischen und einen arabisch-palästinensischen.

16 Die Briten übernahmen 1920 das Mandat für Palästina aus der Konkursmasse des Osmanischen Reichs. Im geheimen „Sykes-Picot-Abkommen“ von 1916 hatten Frankreich und England ihre kolonialen Interessengebiete im Nahen Osten aufgeteilt. Das widersprach fundamental dem Versprechen eines panarabischen Staates, der den Arabern im Ersten Weltkrieg von den Briten zugesagt worden war, damit sie sich gegen die Osmanen, die mit Deutschland verbündet waren, auflehnten. 1917 stellte Großbritannien im Rahmen der „Balfour-Deklaration“ außerdem in Aussicht, in Palästina eine „nationale Heimstätte“ des jüdischen Volkes zu erschaffen.

17 Noch 1880 lebten in Palästina nur rund 460.000 Menschen. Viele Bewohner waren aus anderen Teilen des Osmanischen Reichs wie Ägypten, Bulgarien, Rumänien oder Algerien zwangsumgesiedelt worden. Vgl. Gil Yaron: Jerusalem. Ein historisch-politischer Stadtführer, Bonn 2008, S. 130.

Die arabischen Staaten weigerten sich, dem UN-Teilungsplan zuzustimmen. Nachdem im Mai 1948 das britische Mandat über Palästina endete, wurde der Staat Israel gegründet. Nach dem daraus resultierenden arabisch-israelischen Krieg, den die Israelis „Unabhängigkeitskrieg“, die Palästinenser aufgrund der Vertreibung und Flucht aus ihren Heimatorten *an-Nakba*, „die Katastrophe“ nennen, verwaltete Ägypten den Gazastreifen, Jordanien das Westjordanland¹⁸. Im Krieg von 1967, als „Sechstagekrieg“ bezeichnet¹⁹, eroberte Israel auch diese Gebiete.²⁰ 1967 kann wegen der demonstrativen Selbstbehauptung des jüdischen Staates nicht nur als „Israels zweite Geburt“²¹ bezeichnet werden, sondern auch als Geburt dessen, was heute der palästinensische Staat sein könnte: die damals von Israel besetzten palästinensischen Gebiete, die territorial voneinander getrennt sind. Im Folgenden wird es nicht um die arabischen Bürger Israels²² oder diejenigen Palästinenser gehen, die in der Diaspora²³ leben und deren Rückkehrrecht ständige Verhandlungsmasse in Friedenskonferenzen für Nahost ist. Es werden die Menschen in den Blick genommen, die heute auf dem Gebiet eines potentiellen palästinensischen Staates leben. Über dieses Palästina zu schreiben ist ungefähr so, wie über drei Inseln zu berichten, deren Bewohner eine Geschichte und auch eine Lesart der Geschichte teilen, deren Lebensrealitäten sich aber fundamental voneinander unterscheiden:

-
- 18 Im Krieg besetzte Jordanien das Westjordanland und annektierte es später völkerrechtswidrig.
- 19 Der Krieg, in dem die arabischen Kontrahenten eine vernichtende Niederlage erlitten, dauerte in der Tat nur sechs Tage: vom 5. bis zum 10. Juni 1967.
- 20 Israel eroberte auch den ägyptischen Sinai und die syrischen Golanhöhen. Der Sinai wurde den Ägyptern 1982 zurückgegeben, der Golan wird bis heute, abgesehen von einem kleinen Landstrich, der seit 1974 unter Kontrolle der Vereinten Nationen steht, de facto von Israel kontrolliert und ist ein ständiger potentieller Konfliktherd mit Syrien, das das Gebiet für sich beansprucht.
- 21 So der deutsche Untertitel des Bandes von Tom Segev: 1967. Israels zweite Geburt, Bonn 2007. Im englischen Original heißt es im Vergleich reichlich unpathetisch „Israel, the War, and the Year that Transformed the Middle East“, New York 2007.
- 22 Viele von ihnen bezeichnen sich in erster Linie als Palästinenser, auch wenn sie israelische Staatsbürger sind. Heute leben etwa 25 Prozent Araber im Staat Israel. Vgl. The World Fact Book: Israel, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/is.html> [Stand: 16.11.2016].
- 23 Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden im ersten arabisch-israelischen Krieg sowie im Sechstagekrieg ca. eine Million Menschen aus Palästina vertrieben. Sie leben heute mit ihren Nachkommen vor allem in Jordanien, Libanon und anderen arabischen Staaten wie Syrien; bei der Diaspora soll es sich um etwa sieben Millionen Menschen handeln. Vgl. zur palästinensischen Flüchtlingsproblematik Susan Akram: Palestinian Refugees and Their Status: Rights, Politics and Implications for a Just Solution, in: Journal of Palestine Studies 31/3 (2002), S. 36–51.

politisch, privat und zunehmend auch kulturell. Diese drei Inseln sind neben Abeer Ayyoubs Heimat Gaza Ostjerusalem und das Westjordanland. Auf dem Gebiet an der Grenze zu Jordanien, in dem die meisten Palästinenser leben²⁴, befindet sich die provisorisch-pragmatische Hauptstadt eines nicht existierenden Staates: Beginnen wir im Vorzimmer des ehemaligen palästinensischen Religionsministers Mahmud al-Habbash in Ramallah.²⁵

Ein Karikaturen-Streit auf Palästinensisch

Arafat²⁶, in Gold gerahmte Ikone, hängt schief an der Wand. In der linken hinteren Ecke, wo der Putz bröckelt, das deutlich kleinere Porträt des derzeitigen Präsidenten Abbas. Habbash, ehemals Mitglied der *Hamas* und Abbas' Berater in religiösen Fragen, sagt: „Die Entscheidung des Präsidenten, eine Untersuchungskommission einzuleiten, war weise.“ Die Kommission, von der Habbash spricht, sollte klären, inwiefern der Karikaturist Mohammad Saba'aneh und die Redaktion der Zeitung *Al-Hayat al-Jadida*, das offizielle Organ der PA, den Islam verunglimpft haben. Der Islam verbiete es, den Propheten zu zeichnen, sagt Habbash. Karikaturist Saba'aneh habe mit seiner vermeintlichen Mohammed-Karikatur gegen das Bilderverbot²⁷ verstoßen.

Ein alter Mann in orientalischer Kleidung steht auf einem Globus und sät aus einer herzförmigen Tasche Samen der Liebe auf die Welt. Die ersten scheinen auf Frankreich zu fallen. So sieht sie aus, die Karikatur, die zur politischen Chefsache im Westjordanland wurde. Der Titel der Zeichnung: „Prophet Muhammad“. Europa hatte seine Debatte um „Mohammed-Karikaturen“ 2005²⁸, Palästina hatte seine ganz eigene Kontroverse im Februar 2015 – und die schaffte es bis in den Präsidenten-

-
- 24 Einer Schätzung aus dem Sommer zufolge leben etwa 2.700.000 Palästinenserinnen und Palästinenser im Westjordanland; die Zahl beinhaltet Ostjerusalem. Vgl. The World Factbook: West Bank, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/we.html> [Stand: 16.11.2016].
- 25 Vgl. Kristina Milz: Die Krux mit den Karikaturen, in: zenithonline, 07.05.2015, <http://www.zenithonline.de/deutsch/gesellschaft/a/artikel/die-krux-mit-den-karikaturen-004406/> [Stand: 06.11.2016].
- 26 Ein Porträt des ersten Palästinenserpräsidenten, der heute stark verklärt wird, findet sich bei Christoph Dinkelaker: Yassir Ohneland, in: Daniel Gerlach/Christian H. Meier (Hg.): Der Nahe Osten in hundert Köpfen. Biografische Skizzen zu Zeitgeschichte und Gegenwart, Bonn 2012, S. 56 f., S. 48–51.
- 27 Das Bilderverbot ist theologisch umstritten, da es sich nicht mit dem Koran belegen lässt. Man argumentiert mit verschiedenen Überlieferungen aus der postmohammedanischen Zeit.
- 28 In der dänischen Tageszeitung *Jyllands-Posten* wurde unter dem Titel „Das Gesicht Mohammeds“ eine Serie von zwölf Karikaturen veröffentlicht, die ein ägyptisches Blatt nachdruckte. In der islamischen Welt kam es daraufhin zu Protesten und gewalttätigen Ausschreitungen.

tenpalast. Während in Europa über Karikaturen diskutiert wurde, die den Propheten als Terroristen darstellen oder den Gründer des Islam ins Lächerliche ziehen, erregte im Westjordanland dieses ganz andere Bild die Gemüter. „Es ist nötig, mit abschreckenden Mitteln gegen jene vorzugehen, die für diesen schrecklichen Fehler verantwortlich sind“, erklärte Palästinenserpräsident Abbas gegenüber der heimischen Nachrichtenagentur WAFA die Einsetzung der Untersuchungskommission.



Hat er gegen das Bilderverbot verstoßen? Karikaturist Mohammad Saba'aneh hat mit seiner Zeichnung eine Debatte ausgelöst.

Auf seiner Facebook-Seite verteidigte sich derweil der Karikaturist, er habe lediglich den Islam verteidigen wollen. Dabei habe er dieselben Mittel gewählt wie manche Kollegen, die den Propheten beleidigen. Zwei Tage nach Erscheinen der Karikatur Saba'anehs entschuldigte sich das Regierungsblatt *Al-Hayat* – die drittgrößte palästinensische Zeitung – für die Veröffentlichung und bestritt, dass es sich bei der dargestellten Person um den Propheten handle. Die Figur sei als personifizierter Islam zu deuten. „Viele waren sehr erbost und die Zeitung musste etwas tun, damit sie aufhören, darüber zu streiten“, sagt Saba'aneh in seinem Büro in der *Arab American University* in Ramallah. „Für mich ist diese Erklärung vielleicht nicht akzeptabel, aber aus Sicht der Zeitung kann ich es nachvollziehen“, meint er. „Der Fall hat keine große Aufmerksamkeit in der Gesellschaft erregt“, versucht derweil Habbash, der Religionsberater, die Sache herunterzuspielen: „Wir haben herausgefunden, dass es keine böse Absicht auf Seiten der Zeitung oder des Künstlers gab. Jetzt ist alles geklärt.“ Aber: Zehn Tage musste der Hauskarikaturist seine Arbeit bei *Al-Hayat* ruhen lassen. Die von Abbas angekündigte Untersuchung habe aus einer Befragung seines Chefredak-

teurs und seiner selbst bestanden, erzählt Saba'aneh und grinst. Seine neueste Karikatur war da bereits im Blatt.

Der Fall Mohammad Saba'aneh ist ein Lehrstück über Religion und Gesellschaft in Palästina. Er zeigt, dass die Pressefreiheit nicht nur von den israelischen Behörden und den innenpolitischen Konfliktparteien Hamas und Fatah beeinträchtigt wird, sondern auch davon, was der Karikaturist selbst als „gesellschaftliche Zensur“ bezeichnet. Moralische Überzeugungen der palästinensischen Bevölkerung, insbesondere die religiöse Tradition, beschneiden das Recht auf Meinungsfreiheit auf indirektem Wege. Und das kann schon einmal dazu führen, dass ein säkular orientierter Präsident, beraten von einem ehemaligen islamistischen Politiker, eine islamfreundliche Karikatur verteufelt, die als Bildnis des Propheten interpretiert werden kann. Einer Umfrage²⁹ zufolge spielen religiöse Traditionen für nahezu alle Palästinenser eine wichtige Rolle in ihrem Leben. Interessant ist, dass sich aber nur 45,7 Prozent der Palästinenser selbst entschieden als religiös bezeichnen würden³⁰ – die islamischen Traditionen sind also in die Kultur übergegangen und nicht zwangsweise an einen tiefen Glauben gebunden.

„Mohammad wirkt winzig, alt und müde“

Mirvat Sadeq, Online-Reporterin des arabischen Nachrichtensenders *Al-Jazeera*, war eine der ersten, die Saba'anehs Karikatur öffentlich kritisierte. Die junge Frau arbeitet in einem duftenden Zimmer voller Pflanzen und bunter Blumen, das zu einem journalistischen Gemeinschaftsbüro in Ramallah gehört. Auch unter den Kollegen wurde der Vorfall heiß diskutiert. Sie betont, dass sie Saba'aneh, mit dem sie befreundet ist, sehr schätzt. Sie begrüßt auch die Aussage der Karikatur. Dennoch hätte er ihrer Ansicht nach den Propheten nicht zeichnen sollen: Mit dem Bilderverbot verhindere der Islam eine Vergöttlichung Mohammeds, der nur als Mensch gesehen werden darf. Außerdem, fährt sie argumentativ wenig stringent fort, habe ihr nicht gefallen, wie die Figur gezeichnet wurde: „Mohammad wirkt winzig, alt und müde“, sagt sie. In ihrer Vorstellung sei der Prophet Gottes das genaue Gegenteil.

.....

29 Fast 95 Prozent gaben an, im Ramadan an den meisten oder sogar an allen Tagen zu fasten. Dass sie in diesem Monat alle Gebete verrichten, sagten 86 Prozent. Vgl. Media and Communication Center Jerusalem: Poll No. 82, October 2014, <http://www.jmcc.org/documentsandmaps.aspx?id=867> [Stand: 16.11.2016].

30 In Gaza sind es 57,2 Prozent. Vgl. Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR): The Palestinian-Israeli Pulse: A Joint Poll, June 2016, S. 21, <http://pcpsr.org/sites/default/files/Joint%20June%202016%20table%20of%20findings%20English%2016%20August%202016.pdf> [Stand: 16.11.2016].



Mirvat Sadeq arbeitet für den Nachrichtensender Al-Jazeera.

Religiöse und politische Befindlichkeiten zwingen die Meinungsfreiheit in Palästina in ein enges Korsett. Der Karikatur liegt zudem ein gänzlich anderes Konzept zugrunde, als es die europäischen Kollegen für sich beanspruchen.³¹ Saba'aneh sagt, er wolle mit seiner Kunst auf die Probleme des palästinensischen Volkes aufmerksam machen. Das gilt für viele seiner Kollegen: Nach dem Witz ohne tieferen Sinn sucht man meist vergeblich.³² Die Ablehnung der scheinbar moral- und sinnfreien Satire, die vor nichts und niemandem Halt macht, ist nicht unbedingt eine Eigenheit islamisch geprägter Länder. Es ist vielmehr Ausdruck religiös geprägter Gesellschaften, die konträr zu solchen stehen, in welchen der Mehrheitsbevölkerung nichts mehr heilig zu sein scheint. Suleiman Mansour, einer der bekanntesten palästinensischen Maler, ist wie ungefähr zwei Prozent seiner Landsleute Christ. „Wenn ich die Mohammed-Karikaturen sehe, macht es mir nichts aus, aber für viele ist es beleidigend. Religionskritik ist in Ordnung, aber über den Glauben anderer zu lachen, ist es nicht“, sagt er über die europäische Debatte.

31 Dort halten es schließlich viele mit Tucholsky: Satire darf alles. Oftmals nimmt sie einen nihilistischen oder dadaistischen Charakter an. Sie verbiegt und verlacht. Wer diese Art von Humor nicht kennt oder ihr nichts abgewinnen kann, sagt auch: Sie verletzt. Karikaturen aus der Region des Nahen Ostens sind dagegen meistens eine Spielart politisch ambitionierter Kunst. Sie kritisieren, prangern an, zeigen Ungerechtigkeiten auf.

32 Eine junge Entwicklung sind Videos aus arabischen Ländern, die sich über den selbsternannten „Islamischen Staat“ lustig machen. Sie nehmen keine Rücksicht auf die Vorwürfe, dass dessen Gräueltaten damit verharmlost würden. Damit stoßen sie allerdings in großen Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis.



Informationsminister Mahmud Khalefa räumt Verletzungen der Meinungsfreiheit in Palästina ein.

In Palästina herrscht ein schwieriges Klima für Künstler und Journalisten. Nach einer Umfrage sind nur 16 Prozent der Bevölkerung im Westjordanland der Meinung, dass es dort Pressefreiheit gebe. Nur ein Drittel der Menschen gibt an, die Palästinensische Autonomiebehörde öffentlich kritisieren zu können, ohne Angst zu haben.³³ „Wir sagen nicht, dass die Situation ideal ist“, gibt der palästinensische Informationsminister Mahmud Khalefa zu.³⁴ „Es gibt Verletzungen der Meinungsfreiheit. Es gibt aber auch die, die sagen, sie seien aus diesem Grund verhaftet worden, bei denen aber eine kriminelle Tat vorlag“, so Khalefa. Und man dürfe bei den Zahlen nicht vergessen, dass jedes Mal, wenn ein Journalist, ein Fotograf

33 Der Anteil der Bewohner Gazas, die dasselbe glauben, liegt noch darunter (14 Prozent). Vgl. Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR): Palestinian Public Opinion Poll No. 61, 27.09.2016, S. 4, <http://pcpsr.org/sites/default/files/Poll-61-English%20Full%20Text%20%20designe.pdf> [Stand: 16.11.2016].

34 Hier und im Folgenden vgl. Milz (wie Anm. 25).



Der Al-Manara-Platz mit den steinernen Löwen – ein Kreisverkehr im Zentrum Ramallahs – wird oft als Ort für Demonstrationen genutzt.

oder der Fahrer eines Medienvertreters verhaftet werde, es irgendeine Organisation als Beschränkung der Meinungsfreiheit einstufe. Die Rahmenbedingungen im Westjordanland seien zudem nicht mit denen im von der Hamas beherrschten Gaza zu vergleichen.³⁵

Der palästinensische Bruderstreit

Der Streit um Saba'anehs Karikatur wirft auch ein Schlaglicht auf den palästinensischen Bruderkonflikt: Im Westjordanland regiert die Fatah, in Gaza die Hamas. Letztere hat aber in ganz Palästina Aufwind: Bei der Parlamentswahl im Jahr 2006 erreichten die Islamisten erstmals die Mehrheit der Stimmen – die Hamas errang 76 der 120 Sitze im palästinensischen Parlament und stellte alle Minister³⁶ –, bei den Hochschulwahlen an der palästinensischen

Birzeit-Universität im April 2016 dominierte die Hamas-nahe Hochschulgruppe „Islamischer Block“ bereits zum zweiten Mal.³⁷ Dabei handelt es sich nur auf den ersten Blick um eine ideologische Auseinandersetzung um den Stellenwert der Religion, den diese in den Augen der Anhänger der beiden Parteien in der Politik einnehmen sollte.³⁸ Der Sieg von 2006 sollte vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden Unzufriedenheit der Palästinenser mit der Jahrzehnte langen Herrschaft der Fatah gesehen werden: Sowohl die Erfolglosigkeit in der Auseinandersetzung mit Israel, als auch die grassierende Korruption³⁹ wollten viele nicht mehr länger hinnehmen. Nicht wenige

35 Karikaturist Saba'aneh berichtet in der Tat über verbale Attacken in sozialen Netzwerken und Telefonterror von Anhängern der Hamas, die in Gaza an der Macht ist. Er beschreibt aber auch Zensurmaßnahmen seiner Zeitung, die der Fatah-dominierten Autonomiebehörde gehört: Er könne alles zeichnen, was er wolle, sagt er. Was dann aber publiziert werde, sei eine andere Frage. Er hoffe, dass seine Arbeit von der Debatte um seine Karikatur nicht beeinflusst wird. Schon gar nicht im Sinne einer Selbstzensur. Sicher ist er sich da aber nicht.

36 Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 206f.

37 Dies ist der letzte Stimmtest, da die Kommunalwahlen in Palästina verschoben wurden. Vgl. Marc Frings u. Bastian Schröder: Letzte Festung Kommunalpolitik, in: Länderbericht (Konrad-Adenauer-Stiftung Ramallah), Mai 2016, http://www.kas.de/wf/doc/kas_45298-1522-1-30.pdf?160525110831 [Stand: 16.11.2016].

38 Auch der Konflikt zwischen *Hamas* und *Fatah* ist mehr machtpolitischer als ideologischer Natur: Die *Fatah* ist weitaus religiöser als in der landläufigen Wahrnehmung, die *Hamas* ist im Kern ebenso nationalistisch orientiert wie die *Fatah*.

39 Jüngste Zahlen veranschaulichen das Problem: 79 Prozent der Befragten gaben in einer Umfrage an, dass in den Institutionen der PA Korruption herrsche, fast die Hälfte sehen die Autonomiebehörde als Bürde für das palästinensische Volk. Vgl. PSR (wie Anm. 33), S. 4.

Beobachter sind davon überzeugt, dass viele Wähler mit der Wahl der *Hamas* ausschließlich eine Abstrafung der *Fatah* im Sinn hatten. Dass sie damit politische und religiöse Repression gleich mitwählten, erschien ihnen offensichtlich als das kleinere Übel.

Die in Ramallah regierende *Fatah* ist jedoch nicht nur eine Meisterin der Klüngelpolitik, sondern auch eine der Selbsterfleischung: Im November 2016 kam es zu heftigen Schießereien in den größeren Städten des Westjordanlandes Ramallah, Nablus und Dschenin.⁴⁰ In den dortigen Flüchtlingslagern fanden Gefechte lokaler Milizen und der Sicherheitskräfte der palästinensischen Autonomiebehörde statt. Hintergrund dafür ist eine Auseinandersetzung innerhalb der *Fatah*: Der seit zwölf Jahren regierende 81-jährige Palästinenserpräsident Abbas, der sich zuletzt 2005 einer Wahl stellte, wird von Mohammad Dahlan herausgefordert, einem ehemaligen Günstling Arafats, der als erfolgreicher Geschäftsmann im Exil am Golf weilt, sich aber für einen Generationenwechsel in Palästina positioniert. Dahlan, der selbst in einem Flüchtlingslager geboren wurde, hat hier seine treuesten Anhänger. Nach Arafats Tod im Jahr 2004 war Dahlan palästinensischer Innenminister, überwarf sich jedoch 2010 mit Abbas, nachdem er dessen Söhne öffentlich der Korruption beschuldigte – der Palästinenserpräsident wiederum bezichtigte Dahlan des Giftmordes an Arafat⁴¹ und erreichte dessen Verurteilung in Abwesenheit. Gegenwärtig versucht Mohammad Dahlan sich mithilfe des „Arabischen Quartetts“ – Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate – als Nachfolger Abbas' ins Spiel zu bringen⁴², auch wenn er nach außen bescheiden den palästinensischen Volkshelden Marwan al-Barghouthi⁴³ als Präsidentenanwärter propagiert.

Die politischen Grabenkämpfe im Westjordanland stehen dem im Weg, was lange auch international unter dem

40 Hier und im Folgenden vgl. Peter Münch: Gewaltvoller Generationenwechsel, in: Süddeutsche Zeitung vom 07.11.2016, S. 6.

41 Um die Todesursache des langjährigen Palästinenserpräsidenten ranken sich diverse (Verschwörungs-)Theorien. Vgl. Dinkelaker (wie Anm. 26), S. 51.

42 Diese Staaten präsentierten jüngst einen Plan für Palästina, der sich für eine Versöhnung der *Fatah* mit der *Hamas* ausspricht, Friedensverhandlungen mit Israel fordert – und eine Rückkehr Mohammad Dahlans ins Westjordanland verlangt.

43 Barghouthis Chancen auf das Amt sind eher gering: Er sitzt wegen seiner Rolle während der zweiten Intifada – er war in mehrere Anschläge mit Todesopfern verwickelt – eine Haftstrafe von fünfmal lebenslänglich in Israel ab. Ein Porträt über den Politiker findet sich bei Christoph Dinkelaker: Volkstribun hinter Gittern, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 58f.

Schlagwort „Fayyadismus“⁴⁴ gefeiert wurde: die Schaffung einer realen Grundlage für die Anerkennung eines palästinensischen Staates.⁴⁵ Der promovierte Ökonom und Premierminister Salam Fayyad⁴⁶ fuhr ab 2009 unter dem Motto „Die Besatzung beenden, den Staat errichten“ eine offensive und durchaus erfolgreiche Reformpolitik, die Korruption bekämpfte und quasi-staatliche Infrastruktur aufbaute. Fayyad war nach der politischen Spaltung der Palästinensergebiete im Jahr 2007⁴⁷ von Palästinenserpräsident Abbas zum Kopf einer „Notstandsregierung“ ernannt worden. Der neue Premier ging hart gegen jede Aktivität der Islamisten im Westjordanland vor; dasselbe galt allerdings auch für Journalisten, die der *Hamas* nahestanden oder schlicht kritisch berichteten.

Doch Fayyad nahm sich auch die *Fatah* vor: 2011 befanden die Weltbank⁴⁸ und der Internationale Währungsfonds, dass Fayyad „die zuvor für Vetternwirtschaft, wirtschaftliche Stagnation und Sicherheitschaos berüchtigte PA von Grund auf reformiert habe“⁴⁹. Die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton wurde gar mit den Worten zitiert, dass es nur drei Personen in Ramallah gebe, die das volle Vertrauen Washingtons genossen: „Fayyad, Fayyad und nochmals Fayyad“.⁵⁰ Auch das israelische sicherheitspolitische Establishment zollte dem Erfolg Respekt: In Anbetracht des eigenen Sicherheitsinteresses und der konstruktiven Zusammenarbeit mit der palästinensischen Regierung

44 In der *New York Times* definierte der Reporter Friedman den Begriff: „Fayyadism is based on the simple but all-too-rare notion that an Arab leader's legitimacy should be based not on slogans or rejectionism or personality cults or security services, but on delivering transparent, accountable administration and services.“ Thomas L. Friedman: Green Shoots in Palestine, in: *New York Times*, 04.08.2009, <http://www.nytimes.com/2009/08/05/opinion/05friedman.html> [Stand: 13.11.2016].

45 Vgl. hier und im Folgenden: Judith Althaus u. Michael Bröning: „Arabischer Frühling“ in Palästina, in: *Arabische Zeitenwende. Aufstand und Revolution in der arabischen Welt*, Bonn 2012, S. 221–231, hier S. 228f.

46 2005 gründete Fayyad zusammen mit der Politikerin Hanan Aschrawi die Kleinpartei „Der Dritte Weg“, er war also kein Mitglied der *Fatah*. Ein Porträt des Politikers findet sich bei Daniel Gerlach: Der heimliche Staatsgründer, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 56f.

47 Nach dem Wahlerfolg der *Hamas* im Jahr 2006 wurde zunächst deren führender Kopf Ismail Haniyeh palästinensischer Premier. Abbas setzte ihn jedoch im Juni 2007 ab, was dieser nicht anerkannte und mit seinem Kabinett in Gaza weiterarbeitete. Ein Porträt des studierten Linguisten und ehemaligen Dekans der Islamischen Universität in Gaza-Stadt, der innerhalb der *Hamas* als Pragmatiker gilt, ist nachzulesen bei Christoph Dinkelaker: Gute Miene zum bösen Spiel?, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 54.

48 Vgl. World Bank (Hg.): *Sustaining Achievements in Palestinian Institution-Building and Economic Growth*, Washington 2011.

49 Althaus/Bröning (wie Anm. 45), S. 228.

50 Gerlach (wie Anm. 46), S. 56.

warnte es im Herbst 2011 vor einem finanziellen Boykott der PA. Fayyad, der sich mehr auf Real- als Symbolpolitik verstand, wandte sich aber auch gegen die Idee, eine Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen zu beantragen – und brachte so nicht nur beträchtliche Teile der Bevölkerung, sondern auch wichtige Entscheidungsträger der Fatah gegen sich auf.⁵¹ Der Gegenwind aus verschiedensten Richtungen, der Fayyad und seiner Agenda entgegenschlug, führte schließlich im Jahr 2013 zum Rücktritt: Zuvor kritisierte erstmals der Revolutionsrat⁵² der Fatah öffentlich seine Amtsführung. Sein bis heute amtierender Nachfolger Rami Hamdallah ist im Gegensatz zu Fayyad langjähriges loyales Parteimitglied.



Das Balata-Flüchtlingslager bei Nablus wurde einst für 5.000 Menschen errichtet. Mittlerweile leben hier 27.000 Bewohner auf engstem Raum.

51 Die Hamas machte Fayyads Entlassung einmal sogar zur Vorbedingung einer Versöhnung im Bruderkonflikt. Gerlach (wie Anm. 46), S. 57.

52 Dieser ist auch als „Abu-Nidal-Organisation“ bekannt. Es handelt sich um eine Abspaltung von der PLO, die sich für ein autonomes Palästina einsetzt und für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich ist.

Israel als Besatzungsmacht

Der Konflikt zwischen den beiden großen Parteien Palästinas ist ohne die mittlerweile 50-jährige israelische Besetzung des palästinensischen Territoriums praktisch nicht zu verstehen: Insbesondere die Haltung der jeweiligen Politiker – und hinsichtlich der Hamas auch ihres terroristisch-militärischen Arms – zu Israel ist neben dem Grade an Korruption für viele Palästinenserinnen und Palästinenser wahlentscheidend. Die Fatah hat dabei das Problem der offenkundigen Erfolglosigkeit: Die jahrelangen Verhandlungen mit ihren Hochs und Tiefs haben keine zufriedenstellenden Ergebnisse geliefert. Hinzu kommt, dass die Zugeständnisse, die die palästinensischen Verhandlungsführer in der Vergangenheit zu machen bereit waren, vielen Wählern zu weit gehen.⁵³ Abbas war vor seiner Zeit als Präsident bereits Co-Autor der Osloer Verträge, die den Weg zu einem Frieden bereiten sollten – zusammen mit dem israelischen Außenminister Jossi Beilin verhandelte er in den Jahren 1993 bis 1995 in mehr als zwanzig geheimen Treffen einen Lösungsansatz des Konflikts, der viele offene Fragen beantwortete: Das Abkommen, das heute „Beilin-Abbas non-paper“ genannt wird, da es niemals unterschrieben wurde, sprach sich für einen unabhängigen Palästinenserstaat aus.⁵⁴ Er sollte auf 94 Prozent des Westjordanlandes und des Gazastreifens entstehen, durch eine Landbrücke verbunden und entmilitarisiert sein. Palästinenser, die während des Krieges von 1947 bis 1949 geflüchtet oder vertrieben worden waren, sollten ein Rückkehrrecht erhalten; sogar in Bezug auf den Status Jerusalems hatte man sich geeinigt. Doch auch diese Einigung scheiterte an Hardlinern auf beiden Seiten: Ein jüdischer Extremist ermordete den damaligen israelischen Premier Jitzhak Rabin,⁵⁵ die Hamas startete eine Terrorkampagne und sprengte täglich israelische Busse in die Luft, die israelischen Wähler entschieden sich für den rechtskonservativen Benjamin Netanjahu als neuen Ministerpräsidenten, dem der Friedensnobelpreisträger Schimon Peres unterlag.

Die Praxis der israelischen Besetzung im Westjordanland wirkt sich entsprechend der Einteilung des Gebietes in unterschiedliche Souveränitätszonen in den Städten und Dörfern lokal höchst verschieden auf den Alltag der Palästinenserinnen und Palästinenser aus. Während in der

53 Dasselbe gilt natürlich auch innerhalb Israels, wo Konzessionen an die Palästinenser in den Friedensverhandlungen hoch umstritten sind.

54 Hier und im Folgenden vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 182 f.

55 Zu Rabin vgl. das Porträt von Daniel-Dylan Böhmer: Israels tragischer Held, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 44 ff.

provisorischen Hauptstadt Ramallah, in der die gesamte Zivilverwaltung und die Verantwortung für die Sicherheit den Palästinensern obliegt (Zone A), kaum ein israelischer Soldat den Weg der Passanten kreuzt, haben Bewohner der Stadt Bethlehem, an dessen nördlicher Grenze die bis zu acht Meter hohe israelische Sperranlage verläuft, ständig Berührung mit dem Militär. Viele Bewohner Bethlehems, deren Heimatstadt mit der Geburtskirche Jesu zahlreiche Touristen anzieht, gehören der christlichen Minderheit in Palästina an, die stetig schwindet.⁵⁶

Ein kaum zu lösendes Problem stellen die jüdischen Siedlungen im Westjordanland dar. Durch den steten Ausbau werden auf dem Gebiet eines potentiellen Palästinenserstaates von der israelischen Regierung Fakten geschaffen, die sich nur schwer wieder rückgängig machen lassen. Naftali Bennett von der Partei HaBajit haJehudi („Jüdisches Heim“), der Koalitionspartner des israelischen Premiers Netanjahu, spricht sich sogar offen für die Annexion des Westjordanlandes aus – für ihn und seine Anhänger handelt es sich nicht um palästinensisches Territorium, sondern in Anlehnung an die Tora um „Judäa“ und „Samaria“. Auf einer Fahrt durch das Land stechen die von israelischen Soldaten geschützten Bereiche sofort ins Auge: Die Infrastruktur ist intakt, die Häuser sind oftmals nur wenige Jahre alt. Dennoch spricht Bennett davon, dass die jüdischen Siedler – mit Blick auf die israelische Gesellschaft – bislang „Bürger zweiter Klasse“ seien. Zusammen mit der Likud-Partei des Ministerpräsidenten brachte Bennett kürzlich einen Gesetzesentwurf ein, der viele Siedlungen im Nachhinein legalisieren soll, obwohl sie – unter Duldung der Regierung – gesetzeswidrig auf privatem Grund von Palästinensern entstanden sind.⁵⁷ Mitte November stimmte das israelische Ministerkomitee einstimmig für den Entwurf, obwohl Netanjahu sich dagegen ausgesprochen hatte. Das Gesetz, das vermutlich nicht in Kraft treten wird – der Oberste Gerichtshof wird es voraussichtlich für ungültig erklären – zwänge palästi-

nensische Privateigentümer, ihre Grundstücke an jüdische Bewohner offiziell abzugeben. Als Abfindung erhielten sie eine Zahlung von 125 Prozent des derzeitigen Wertes oder ein „gleichwertiges“ Stück Land irgendwo im Westjordanland. Geschützt wird der illegale Ausbau der Siedlungen vom israelischen Militär, das in diesen Zonen über die Sicherheit wacht.



Die riesige palästinensische Flagge in der Modellstadt Rawabi wirkt wie ein entschlossener Gruß an die nächstgelegene jüdische Siedlung.

Zwischen Eigentumswohnung und Flüchtlingslager

Die israelische Besatzung bringt auch wirtschaftliche Probleme für die Palästinenser mit sich.⁵⁸ Ein Beispiel dafür ist *Rawabi* („Hügel“), eine Planstadt des palästinensischen Unternehmers Bashar Masri⁵⁹ neun Kilometer nördlich von Ramallah. Seit 2008 entwickelt der mäch-

.....
56 1994 lebten noch knapp 50.000 Christen in Palästina. Mehr als ein Fünftel sollen das Gebiet mittlerweile verlassen haben. Auch die Gründe für das Schwinden der christlichen Bevölkerung sind ein Politikum und ständiger Gegenstand ideologischer Auseinandersetzung: Während die israelische Regierung genauso wie ihr wohlgesonnene Gruppen das Erstarken islamistischer Strömungen dafür verantwortlich sieht, ist von palästinensischer Seite zu hören, dass die israelische Besatzung den Christen zusetzt.

57 Hier und im Folgenden vgl. den Bericht von Jochen Stahnke: Israel will Siedlungen legalisieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.11.2016, S. 7. Hintergrund ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, der bis zum 25. Dezember 2016 die Räumung und Zerstörung der jüdischen Siedlung *Amona* mit rund vierzig Familien angeordnet hatte; einen Antrag auf Fristverlängerung hatten die Richter abgelehnt.

.....
58 Einem UN-Bericht zufolge könnte sich die Wirtschaftskraft im Palästinensergebiete verdoppeln, wenn die Besatzung beendet wird. Vgl. United Nations Conference on Trade and Development: Report on UNCTAD assistance to the Palestinian People, 01.09.2016, http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/app2016d1_en.pdf [Stand: 16.11.2016].

59 Hintergründe zu Masri liefert Daniel Gerlach: Ein politischer Investor, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 122.

tigste Unternehmer Palästinas, der 2011 eine Einstellung der Entwicklungshilfe nach Palästina forderte, um die Entstehung einer nationalen Wirtschaft überhaupt zu ermöglichen, zusammen mit einem Unternehmen aus Katar die Retortenstadt, in der einst 40.000 Menschen leben sollen. Dafür werden 800 Millionen US-Dollar investiert. Rawabi, die Stadt aus hellem Stein, liegt in Zone A, weshalb die Planungshoheit bei der Palästinensischen Autonomiebehörde liegt. Es gibt jedoch ein Problem: Die Zufahrtsstraße liegt zum Teil in Zone C und unterliegt daher israelischer Kontrolle. Eine endgültige Genehmigung der israelischen Behörden des Baus der Straße ließ lange auf sich warten. Auf dem gegenüberliegenden Hügel befindet sich die jüdische Siedlung Ateret. Masri hat den beteiligten Firmen vorgeschrieben, dass nicht eine einzige in jüdischen Siedlungen produzierte Schraube verwendet werden darf⁶⁰ – auf die Beteiligung von Firmen aus Israel ist der Unternehmer allerdings sogar angewiesen, weil ein großer Teil des benötigten Materials im Westjordanland schlicht nicht erhältlich ist. Deshalb ist das gigantische Projekt auch unter Palästinensern umstritten, doch viele, die heute auf Masris Baustellen arbeiten, haben zuvor auf der Suche nach Arbeit⁶¹ auch jüdische Siedlungen gebaut. Auch Israel reagierte auf Masris Aussage: Die Knesset verabschiedete im Juli 2011 ein Gesetz, das den Boykott von Produkten aus den Siedlungen verbietet.⁶² Für den Palästinenser Masri persönlich gilt dieses Gesetz nicht; es war daher vielmehr eine deutliche Nachricht an israelische Firmen, die an seinem Projekt mitwirken. Ein anderes Problem ergab sich aus der Tatsache, dass das Trinkwassernetz im Westjordanland von Israel betrieben wird. Erst im April 2015 wurde Rawabi daran angeschlossen – nachdem bereits Monate zuvor etliche Mietverträge für die Stadt unterschrieben wurden. Die Mieter konnten nicht einziehen, da sie auf dem Trockenen gesessen wären.

Ohnehin ist eine Wohnung in Rawabi nur für einen geringen Teil der palästinensischen Bevölkerung überhaupt erschwinglich: Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen

in Palästina liegt bei unter 3.000 US-Dollar.⁶³ Der Durchschnittswert ist jedoch nur bedingt aussagekräftig: „Die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung lebt in extremer Armut“, heißt es auf der Seite des Auswärtigen Amts. Das trifft insbesondere auf Gaza zu, aber auch im Westjordanland und Ostjerusalem leben viele Menschen unterhalb der Armutsgrenze, während andere das korrupte System nutzen und sich bereichern. Die Korruption wird auch dadurch begünstigt, dass die palästinensische Ökonomie kaum eine Chance hat, selbsttragende Wirtschaftsstrukturen zu entwickeln. Die Wirtschaft ist gänzlich von Israel abhängig, fast drei Viertel der Waren werden aus Israel importiert, etwa 86 Prozent dorthin exportiert.⁶⁴ Die am weitesten verbreitete Währung im Westjordanland ist der israelische Schekel. Das Hauptprodukt der palästinensischen Landwirtschaft ist Olivenöl: Fast die Hälfte der Agrarflächen ist mit Olivenbäumen bepflanzt, deren Zweige als Symbol für den Frieden gelten. Investoren aus dem Ausland haben sich wegen der anhaltenden Gewalt insbesondere während der zweiten Intifada wieder zurückgezogen. Auch der Tourismus ist deshalb auf niedrigem Niveau. Der am meisten boomende Sektor ist derzeit das Bauwesen – das gigantische Projekt Rawabi spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.



Die palästinensische Bevölkerung ist sehr jung. Kinder von Schafhirten spielen im Freien, während ihre Eltern die Tiere hüten.

60 Vgl. Andreas Hackl: Rawabi, die palästinensische Zukunft, in: Der Standard, 03.12.2011, <http://derstandard.at/1322872835701/Jerusalem-Geschichten-aus-Nahost-Rawabi-die-palaestinensische-Zukunft> [Stand: 16.11.2016].

61 Die Arbeitslosenquote im Westjordanland lag 2014 bei geschätzten 18 Prozent. Vgl. The World Factbook (wie Anm. 24).

62 Das Gesetz war auch unter Israelis höchst umstritten. Zu den Reaktionen vgl. Ulrike Putz: Anti-Boykott-Gesetz erzürnt Israelis, in: Spiegel Online, 12.07.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/debatte-ueber-meinungsfreiheit-anti-boykott-gesetz-erzuernt-israelis-a-774018.html> [Stand: 16.11.2011].

63 So die Angaben der palästinensischen Behörde PCBS. Vgl. Auswärtiges Amt: Palästinensische Gebiete, April 2016, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/PalaestinensischeGebiete_node.html [Stand: 16.11.2016].

64 Vgl. Ghorfa. Arab-German Chamber of Commerce and Industry: Wirtschaftsdaten Palästina, September 2013, http://ghorfa.de/wp-content/uploads/2016/01/WD_Palaestina.pdf [Stand: 16.11.2016].

In Rawabi wohnen zu können, muss man sich als Palästinenser also erst einmal leisten können: Das Investment aus dem reichen Golfstaat Katar ist nicht als sozialer Wohnungsbau konzipiert, sondern entspricht mit seinen Restaurants und Cafés, der zentralen Plaza und dem 4D-Kino, den Stores westlicher Kleidungsmarken, dem Lebensgefühl der höheren Mittelschicht. Doch die Interessenten an einer Wohnung in Rawabi sind nicht repräsentativ für die palästinensische Gesellschaft. Augenscheinlich wird die verbreitete Armut in den Stadtteilen, die als Flüchtlingslager⁶⁵ bezeichnet werden und mittlerweile zu eigenen Städten gewachsen sind. So etwa in Balata bei Nablus, dem größten Camp im Westjordanland.⁶⁶ Für 5.000 Menschen errichtet, leben dort mittlerweile 27.000. Privatsphäre kennen viele der Bewohner gar nicht: Oftmals teilen sich mehrköpfige Familien einen winzigen Raum, dessen Türe oder Vorhang in den heißen Sommern offensteht. Jeder, der sich durch die schmalen Gässchen windet, kann Familien beim schlafen oder essen zuschauen – auch die israelischen Sicherheitskräfte, die das Flüchtlingslager regelmäßig durchsuchen, da es als Wiege der Radikalisierung gilt. Das ist wenig verwunderlich: Die Infrastruktur ist schwach ausgeprägt, die Arbeitslosigkeit – die Quote für die Bevölkerung unter 25 Jahren liegt bei 60 Prozent – ist enorm hoch, für Kinder gibt es kaum Plätze zum Spielen, für Jugendliche keinen Raum, in dem sie Freizeitbeschäftigungen nachgehen können.

Besonders problematisch ist die Situation auch in einer anderen Stadt des Westjordanlandes, die ein biblisches Erbe beherbergt: Etwa 200.000 Menschen leben in Hebron, wo sich das Grab Abrahams befinden soll. Hier konzentriert sich der ungelöste Konflikt auf ein greifbares Gemisch aus Hass, Angst, Gewalt. Mitten in der palästinensischen Stadt befinden sich israelische Siedlungen mit eigener Kindergärten und Schulen. Mehrere hundert dieser Siedler gelten als militante und nationalreligiöse Hardliner; immer wieder kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen arabischen und jüdischen Bewohnern, die sich gegenseitig angreifen. Die Stadt ist

65 Im Westjordanland gibt es 19 Flüchtlingslager, in denen fast ein Viertel der hier registrierten 775.000 Geflüchteten noch immer wohnt. Die Flüchtlingslager sind kurz nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948 und in den darauffolgenden Jahren entstanden. Für die Belange der palästinensischen Flüchtlinge haben die Vereinten Nationen eine eigene Stelle errichtet: Die *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA). Nähere Informationen dazu unter <http://www.unrwa.org/where-we-work> [Stand: 14.11.2016].

66 Hier und im Folgenden vgl. den Bericht der UNRWA über das Balata Camp: <http://www.unrwa.org/where-we-work/west-bank/balata-camp> [Stand: 14.11.2016].

heute in zwei Zonen unterteilt: In Zone H2 im Osten, wo die Siedlungen sich befinden, ist die Bewegungsfreiheit der dort lebenden Palästinenser stark eingeschränkt, während die Siedler sich frei bewegen dürfen. Die Teilung der Stadt hat auch dazu geführt, dass Palästinenser die Ash-Shuhada, die Hauptdurchgangsstraße Hebrons, nicht benutzen dürfen. Wer die Straße betreten möchte, muss an einem Checkpoint israelischen Soldaten seinen Ausweis zeigen. Das führt zu der absurden Situation, dass Besucher aus Europa problemlos auf die Straße kommen, während dies den meisten Bürgern der Stadt untersagt ist. Auf der Straße selbst ähnelt Hebron einer Geisterstadt: Auch die monatlichen Zahlungen der UN an die dort ansässigen Ladenbesitzer, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, konnten nicht verhindern, dass viele der Geschäfte aufgegeben haben. Die Wut auf die israelische Besatzung ist hier besonders hoch: Die meisten Palästinenser, die im vergangenen Herbst mit Messern auf Israelis losgegangen sind, stammen von hier. Hebron, das aufgrund seiner religiösen Stätten Besucher aller abrahamitischen Religionen geradezu magisch anziehen und wirtschaftlich boomen könnte, wirkt depressiv. Ähnlich ergeht es zunehmend auch der Stadt, die so leidenschaftlich umkämpft ist wie wohl keine andere auf der Welt: Jerusalem.



Ein israelischer Checkpoint macht die Ash-Shuhada-Straße in Hebron für Palästinenserinnen und Palästinenser zu einem unüberwindbaren Hindernis.



Hebron ist eine gesplittene Stadt: Hier konzentriert sich der ungelöste Nahostkonflikt auf ein greifbares Gemisch aus Hass, Angst und Gewalt. Lokale Initiativen fordern die Öffnung der Ash-Shuhada und ein Ende der Besetzung.

Willkommen in der Heiligen Stadt

„Das Heiligtum der Erde ist Syrien; das Heiligtum Syriens ist Palästina; das Heiligtum Palästinas ist Jerusalem; das Heiligtum Jerusalems ist der Berg; das Heiligtum des Berges ist die Kultstätte; das Heiligtum der Kultstätte ist der Felsendom“⁶⁷, schrieb der islamische Gelehrte Thaur ibn Yazid im 8. Jahrhundert. Jerusalem hat viele Namen – für die Palästinenser heißt die Stadt im Herzen des Nahen Ostens *Al-Quds*, „die Heilige“. Nicht nur für Juden und Christen beherbergt Jerusalem wichtige religiöse Stätten: Die Tora berichtet aus der Stadt über Urvater Abraham; die Passionsgeschichte Jesu fand gemäß dem Neuen Testament hier statt; und für Muslime auf der ganzen Welt ist Jerusalem heute der drittheiligste Ort auf Erden.⁶⁸ Die Stadt ist vielleicht das wesentlichste Argument für alle, die davon überzeugt sind, dass der Nahostkonflikt nicht

gelöst werden kann. Und in der Tat: Die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern in den vergangenen Jahrzehnten – ob sie nun öffentlichkeitswirksam oder im Geheimen geführt wurden – brachten das Schicksal Jerusalems immer erst ganz am Schluss auf die Agenda, um nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt zu sein. Sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Gesellschaft gibt es kaum jemanden, der bereit ist, zugunsten einer Lösung des Konflikts auf Jerusalem zu verzichten und die Stadt der anderen Seite zu überlassen.

Dass die Juden mit der Klagemauer – dem einzigen Rest des Tempels⁶⁹ – hier ihre wichtigste religiöse Stätte haben, ist hinlänglich bekannt. Die Geschichte des Propheten Mohammad aber spielte sich bekanntermaßen im 7. Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel ab – warum also hat Jerusalem eine so hohe Bedeutung auch für den Islam? Im Koran jedenfalls wird die Stadt nicht erwähnt – wohl aber in den *Hadithe*, der

67 Zit. nach Simon Sebag Montefiore: Jerusalem. Die Biographie, Frankfurt am Main 2011, S. 7.

68 Bedeutender für die Muslime sind nur Mekka und Medina. Interessante Perspektiven auf Jerusalem aus dem Blickwinkel der drei monotheistischen Religionen liefert Yaron (wie Anm. 17).

69 Es handelt sich um die ehemalige Westmauer des Plateaus des zweiten Tempels, der nach dem babylonischen Exil erbaut und 70 n. Chr. von den Römern zerstört wurde.

Beschreibung der Aussprüche und Handlungen des Religionsgründers und solche von Anhängern, deren Verhalten er billigte. Mohammad legte der Überlieferung nach beispielsweise in Anlehnung an die jüdische Tradition als erste Gebetsrichtung zunächst einmal Jerusalem fest.⁷⁰ Die eigentliche Antwort aber findet sich in der Altstadt, auf dem Platz, der dem Paradies den Muslimen zufolge am nächsten ist⁷¹: der *Haram asch-scharif* („gewürdigtes Heiligtum“), hierzulande besser bekannt als Tempelberg: Auf ihm stehen der mit seiner goldenen Kuppel das Stadtbild dominierende zwanzig Meter hohe Felsendom⁷² und die *Al-Aqsa*-Moschee. Ersterer ist mit seinen acht Ecken das älteste vollständig erhaltene islamische Bauwerk der Welt – er wurde genau über dem „ursprünglichen Stein“ des Judentums errichtet, wo sich mit der Bundeslade das Allerheiligste des Tempels Salomons befunden haben soll: Hier sollte Abraham seinen Sohn Isaak opfern. Für die Muslime war das von Gott verhinderte Opfer zwar nicht Isaak, sondern der zweitgeborene Ismael, Vorfater der Araber, doch die Geschichte findet sich ganz ähnlich im Islam. Ihr Prophet Mohammad soll an dieser heiligen Stelle in den Himmel aufgefahren sein; ein Fußabdruck auf dem Felsen wird als Zeuge dieses Ereignisses betrachtet.⁷³ Genauso wie für die jüdischen und christlichen Deutungen der einzelnen Kultstätten lassen sich freilich auch für die islamischen zahlreiche wissenschaftliche Einwände vorbringen⁷⁴ – doch darum geht es nicht,

.....

70 Der Islam sieht sich als Nachfolger des Judentums und des Christentums und akzeptiert daher viele der biblischen Geschichten oder deutet sie in seinem Sinne um. Es ist naheliegend, dass Mohammad Jerusalem erwählte, um die Juden in seiner Umgebung leichter zum Islam bekehren zu können; es wurden auch viele andere religiöse Traditionen wie etwa etliche Reinheitsgebote aus dem Judentum übernommen. Die Gebetsrichtung wurde jedoch 622 n. Chr. nach Mekka verschoben, nachdem Mohammad nach Medina weitergezogen war: Seine Hoffnung, die Juden aus Mekka von seiner Mission zu überzeugen, war missglückt. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 112.

71 Ein Gebet soll hier angeblich 500 Mal effektiver sein als an einem beliebigen anderen Ort auf der Welt. Jerusalem ist auch ein äußerst beliebter Ort für Bestattungen: Die Auferstehung, an die auch Muslime glauben, soll hier beginnen. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 119.

72 Der Bau des Felsendoms wurde vermutlich als muslimische Antwort auf die christliche Grabeskirche von dem Umayyaden-Kalifen Abd al-Malik (646 bis 705) begonnen und 691 n. Chr. vollendet. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 114f.

73 Auch hier wird die Stelle in den religiösen Schriften des Islam nicht namentlich genannt; es ist vom „weit entfernten Ort der Anbetung“ die Rede, der zu zahlreichen Spekulationen Anlass gab. Seit dem 8. Jahrhundert gehen Muslime davon aus, dass es sich dabei um den Tempelberg handelt. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 116f.

74 Vgl. die ausführliche und unterhaltsame Monographie des Historikers Montefiore, der alle Religionen im Blick hat, vgl. Montefiore (wie Anm. 67).

denn auch der Glaube schafft Realität. Die Stadt Jerusalem ist in bester, schlimmster und absonderlichster Hinsicht vielleicht die glaubwürdigste Zeugin dafür.⁷⁵

Beziehungsstatus: Es ist kompliziert

Heute wird der Tempelberg mit all seinen Heiligtümern von einer islamischen Stiftung (*Waqf*), verwaltet. Juden dürfen zur Klagemauer, aber den Platz mit Felsendom und *al-Aqsa*-Moschee nicht betreten. Die Altstadt, die zu Ostjerusalem gehört und einen Quadratkilometer groß ist, ist in ein jüdisches, ein muslimisches, ein christliches, ein armenisches und ein marokkanisches Viertel unterteilt. Abseits religiöser Fragen, die ja alle gläubigen Muslime betreffen, ist Jerusalem aber vor allem eines: „der politisch[e], wirtschaftlich[e] und geistig[e] Nabel des palästinensischen Volkes“⁷⁶. Eigentlich gehört Ostjerusalem zum Westjordanland – Israel annektierte den Stadtteil 1980 durch einen offiziellen Beschluss des israelischen Parlaments, der Knesset.⁷⁷ Die seit dem Jahr 2002 gebaute Sperranlage zur Terrorabwehr, die Jerusalem vom Westjordanland abtrennt, ist in der Stadt ein dominierendes Statement aus Stein. Die palästinensischen Bewohner Ostjerusalems – auch hier werden mehr und mehr jüdische Siedlungen gebaut – haben einen Sonderstatus: Als „ständige Einwohner“ ist es ihnen erlaubt, sich innerhalb Israels zu bewegen. Sie erhalten spezielle blaue Ausweise, die sie auch am israelischen Sozialversicherungssystem teilhaben lässt. Dieser Status kann den Palästinensern entzogen werden, wenn sie sich länger nicht in der Stadt aufhalten – offiziell sind es drei Jahre, bis man ihnen das Wohnrecht entziehen kann, doch es werden immer wieder Fälle mit einer kürzeren Frist bekannt.⁷⁸ Seit 1967 wurden 14.000 der „ständigen“ Aufenthaltsgenehmigungen wieder entzogen, auch als Bestrafung für Terroraktivitäten von Familienmit-

.....

75 Der Glaube ihrer Bewohner und Besucher führt sowohl zu Momenten der tief empfundenen Spiritualität, als auch der erbitterten Konfrontation und des Wahns. Das sogenannte „Jerusalem-Syndrom“ bezeichnet eine psychische Störung, für die eine eigene Abteilung im *Kfar Schaul*-Krankenhaus eingerichtet wurde: Im Zeitraum 1980 bis 1993 wurden dort 1200 Patienten, meist Protestanten, untersucht. Manche wurden im Glauben, Johannes der Täufer zu sein, in ein Bettlaken gehüllt, in der Wüste gefunden, andere versuchten, als Jungfrau Maria in der Grabeskirche Jesus zu gebären. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 149.

76 Yaron (wie Anm. 17), S. 111.

77 Die Vereinten Nationen erklärten diesen Akt für völkerrechtswidrig erkennen ihn bis heute nicht an.

78 Ein in Deutschland prominentes Beispiel war der Palästinenser Firas Maghry, der im Sommer 2010 vor der israelischen Botschaft in Berlin deshalb in den Hungerstreik trat.

gliedern.⁷⁹ Um dieser Maßnahme zu entgehen, können Ostjerusalemer die israelische Staatsangehörigkeit beantragen – was die meisten aber nicht einmal in Betracht ziehen, da damit ein Eid auf Israel verbunden ist. Viele Palästinenser in Israel boykottieren sowohl Steuerzahlungen als auch die Wahlen zum Jerusalemer Gemeinderat. An den Wahlen in Palästina dürfen sie per Briefwahl als „im Ausland lebende Palästinenser“ teilnehmen.

Der Sonderstatus der Ostjerusalemer Palästinenser führt zu kafkaesken Situationen: So müssen beispielsweise Besucher aus dem Westjordanland eine Genehmigung des israelischen Innenministeriums einholen. Das gilt auch für Ehegatten, die keine blaue Karte vorweisen können. Seit der zweiten Intifada wird diese Erlaubnis aber kaum mehr erteilt. Die Aufenthaltsgenehmigungen palästinensischer Ehefrauen aus dem Westjordanland, die jahrelang bei ihrem Partner in Ostjerusalem gelebt hatten, werden oftmals nicht verlängert – der Ehemann aber verliert sein Wohnrecht in der Heimat, wenn er Ostjerusalem dauerhaft verlässt.⁸⁰ Anträge auf Familienzusammenführung werden häufig abgelehnt.⁸¹ In einem Bericht der EU von 2011 ist von 10.000 Kindern die Rede, die ohne Aufenthaltsrecht in Ostjerusalem leben, weil ein Elternteil aus dem Westjordanland stammt.⁸² Aufgrund der schwierigen rechtlichen Situation, in der sich ein „gemischtes“ Paar befindet, wurden spezielle Gebiete zwischen dem Westjordanland und Ostjerusalem wie *Kufr aqab* geschaffen, in denen wegen der Abwesenheit von israelischen und palästinensischen Sicherheitskräften eine hohe Kriminalität herrscht: Nur hier leben sie legal und ohne Konsequenzen. Es gibt keinen Nahverkehr, keine funktionierende Infrastruktur. Von Jerusalem sind sie durch eine Mauer abgetrennt, Richtung Ramallah wartet ein israelischer Checkpoint. Sie dürfen zwar beide ins Westjordanland, sich aber nicht dauerhaft dort niederlassen. Nach Jerusalem darf

79 Vgl. Ariel David: Who are East Jerusalem's 'Permanent Residents?', in: Ha'Aretz, 09.12.2014, <http://www.haaretz.com/israel-news/premium-1.630605> [Stand: 16.11.2016].

80 Das ist bis 2014 14.481 Menschen widerfahren. Vgl. B'Tselem: Statistics on Revocation of Residency in East Jerusalem, 27.05.2015, http://www.btselem.org/jerusalem/revocation_statistics [Stand: 16.11.2016].

81 2003 wurde das „Gesetz über die Nationalität und die Einreise nach Israel“ verabschiedet, das alle Anträge auf Familienzusammenführung einfror und Palästinensern aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland verbot, zu ihren Ehepartnern nach Ostjerusalem zu ziehen. 2006 wurde das Gesetz vom Obersten Gerichtshof offiziell bestätigt, nach zahlreichen Klagen erklärte er es im Jahr 2012 noch einmal für verfassungskonform.

82 Vgl. Amira Hass: EU Delegates: Palestine Liberation Organization Should Return to Jerusalem, in: Ha'Aretz, 18.01.2012, <http://www.haaretz.com/israel-news/eu-delegates-palestine-liberation-organization-should-return-to-jerusalem-1.407864> [Stand: 16.11.2016].

nur der Partner mit der blauen Karte – für den anderen ist es unmöglich, zum Beispiel die Familie des Gatten zu besuchen, wenn diese in Ostjerusalem beheimatet ist.

Nicht nur dieses Niemandsland, sondern ganz Ostjerusalem ist hinsichtlich infrastruktureller Projekte vernachlässigt – im Juni 2014 beschloss die Regierung jedoch, fast 300 Millionen Schekel (mehr als 70 Millionen Euro) in Infrastruktur und Sicherheit zu investieren.⁸³ Das ist auch bitter nötig, denn Ostjerusalem platzt aus allen Nähten: Die durchschnittliche Geburtenrate der Palästinenser liegt weit höher als die der Israelis. Palästinensische Frauen gebären im Schnitt 4,2 Kinder, israelische Frauen 3,1.⁸⁴ Für die palästinensischen Einwohner Ostjerusalems werden jedoch kaum Baugenehmigungen erteilt, während gleichzeitig allein im Zeitraum von 1967 bis 2001 46.978 Wohneinheiten für jüdische Siedler geschaffen wurden.⁸⁵ Häuser, die ohne Genehmigung gebaut werden, können jederzeit wieder abgerissen werden. Darüber hinaus ermöglicht es ein Gesetz, Eigentum, das vor 1948 jüdischen Bewohnern Ostjerusalems gehörte, die im Zuge des Kriegs flohen, wieder zurückzufordern – mittlerweile forschen politisch motivierte Organisationen nach Nachkommen der jüdischen Flüchtlinge.

Leben in Gaza

Es bleibt ein Blick auf die dritte Insel der Palästinenser, Abeer Ayyoubs Heimat Gaza. Fast 1,8 Millionen Menschen leben in dem schmalen Küstenstreifen von 360 Quadratkilometern.⁸⁶ Er besteht hauptsächlich aus Sand und Dünen – nur 14 Prozent der Fläche sind für die Landwirtschaft nutzbar. Die allgemeine Arbeitslosigkeit liegt nach Angaben der Weltbank bei 42, die Jugendarbeitslosigkeit bei 58 Prozent.⁸⁷ Ausweichmöglichkeiten gibt es nicht, denn die Grenzen sind dicht: Im Norden und Osten steht das israelische Militär, im Süden das ägyptische, im Westen: Wasser, soweit das Auge reicht.

83 Vgl. Barak Ravid u. Nir Hasson: Cabinet Approves Plan to Tighten Israeli Control over East Jerusalem, in: Ha'Aretz, 29.06.2014, <http://www.haaretz.com/israel-news/premium-1.601894> [Stand: 16.11.2016].

84 Die Geburtenrate der Palästinenser ist seit 1990 konstant rückläufig – damals lag sie noch bei 6,7 Kindern pro Frau. Die israelische Entwicklung ist gegenläufig, 1990 waren es noch 2,7 Kinder pro Frau. Vgl. die Daten der Weltbank unter <http://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN?locations=PS> u. <http://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN?locations=IL> [Stand: 16.11.2016].

85 Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 165.

86 Vgl. The World Factbook: Gaza Strip, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/gz.html> [Stand: 16.11.2016].

87 Vgl. The World Bank: West Bank and Gaza. Overview, 01.10.2016, <http://www.worldbank.org/en/country/westbankandgaza/overview> [Stand: 16.11.2016].



Der Felsendom dominiert das Jerusalemer Stadtbild wie kein anderes Gebäude. Für Muslime heißt die Stadt *al-Quds* – „die Heilige“.

Die Grenze zu Israel ist komplett geschlossen, die Ägypter öffnen jene zu ihrem Land ungefähr einmal im Monat – wer nicht rechtzeitig wieder zurückkehrt, kommt nicht mehr hinein. Die 29-jährige Abeer Ayyoub hat den Gazastreifen erstmals in ihrem Leben 2012 verlassen. Durch die Abschottung der Menschen von der Außenwelt und, begünstigt durch die Regierung der Islamisten, wird die Gesellschaft Gazas immer konservativer und entfernt sich auf diese Weise auch kulturell zunehmend von den Palästinenserinnen und Palästinensern im Westjordanland. Einer Umfrage zufolge denken derzeit 46 Prozent der Bevölkerung in Gaza über eine Emigration nach.⁸⁸ Eine Palästinenserin aus Gaza, die namentlich nicht genannt werden will, erzählt, dass in ihrer Heimat immer wieder sogenannte „Ehrenmorde“ stattfinden. Sie berichtet von einem Fall aus der eigenen Familie: Ein Cousin durfte die Frau, die er liebte, nicht heiraten, weil seine Familie dagegen war – sie konnte das Mädchen nicht ausstehen. Nachdem er eine andere geheiratet hatte, begannen die beiden Verliebten eine Affäre, von der die Nachbarn erfuhren.

.....

88 Im Westjordanland sind es „nur“ 29 Prozent. Vgl. PSR (wie Anm. 33), S. 4.

Das Mädchen wurde von der eigenen Familie vergiftet; in den Zeitungen wurde über die Todesursache geschwiegen.

Der Alltag in Gaza ist nicht nur aus kulturellen Gründen schwierig. Auch an Gegenständen des alltäglichen Gebrauchs fehlt es hier: Die Stromversorgung zum Beispiel hält oft nur wenige Stunden pro Tag. Noch schlimmer steht es um die Wasserressourcen.⁸⁹ Die salzige Brühe, die aus den Wasserhähnen Gazas fließt, ist in der Regel ungenießbar. Viele Familien versorgen sich mit selbstgebauten illegalen Brunnen samt Wasserleitung unterhalb ihrer Häuser – ein Haushalt investiert schon mal 350 Dollar dafür, für viele ein Monatsgehalt. Aber auch dieses Wasser ist nicht sauber, als Trinkwasser ist es jedenfalls nicht geeignet. Isra Migdad, eine junge Palästinenserin aus al-Moghraka im Gazastreifen, sagt, ihre 16-köpfige Familie kaufe 500 Liter Wasser pro Woche bei Händlern in Gaza, die es in großen Kanistern aus Israel herbeischaffen. Auf's Jahr gerechnet koste das etwa 300 Dollar – bei einem durchschnittlichen

.....

89 Zum Folgenden vgl. Martin Gerth/Matthias Hohensee/Philipp Mattheis/Kristina Milz: Bis zum letzten Tropfen, in: *WirtschaftsWoche* 44/2014, S. 82–90, hier S. 82 ff.



Christen bilden eine schwindende Minderheit in der palästinensischen Bevölkerung. Im Wadi Qelt, einem ausgetrockneten Flusslauf im Westjordanland, befindet sich ein nach wie vor bewohntes Kloster: St. Georg liegt im Naturschutzgebiet Nahal Prat, das durch die Judäische Wüste führt.

Verdienst von etwa 400 Dollar im Monat⁹⁰ kann sich das nur ein kleiner Teil der Bevölkerung leisten. Die anderen sind gezwungen, verschmutztes Wasser zu trinken. Migdad erzählt, dass viele Kinder davon krank werden. Die Notlage in Gaza sorgt auch für Koalitionen, die auf den ersten Blick befremden: Anfang November 2013 machte eine damals 23-jährige Frau namens Isra Almodallal international Schlagzeilen – als neue Regierungssprecherin der Hamas,⁹¹ die sich mit der Personalie medienwirksam ein modernes Gesicht verpasste. Im Interview begründete die ehemalige Fernsehmoderatorin ihre Berufswahl: „Ich für meinen Teil bin keine Unterstützerin der Ideologie der Hamas, ich bin auch kein Parteimitglied. Ich möchte mit meiner Arbeit auf die humanitäre Notlage im Gazastreifen aufmerksam machen und eine Entwicklung zum Besseren antreiben.“

Die schwierige Situation der Zivilbevölkerung hat sich jedoch nicht geändert, seit die Hamas in Gaza regiert.

Jahrelang kümmerte die sich weniger um die Verbesserung der Lage ihrer Landsleute als um den Beschuss des verhassten Nachbarn: Mehrere tausend Raketen schlugen seit der Machtübernahme der Islamisten auf israelischem Boden ein, mehrere Israelis wurden getötet.⁹² Ende 2008 antwortete Israel schließlich mit der Militäroperation „Gegossenes Blei“. Drei Wochen dauerten die Luftangriffe gegen Einrichtungen und Mitglieder der Hamas. Auch wenn Israel Zivilisten in Form von Telefonanrufen und abgeworfenen Handzetteln warnt, wenn ein Angriff bevorsteht, lässt sich eine hohe Anzahl an zivilen Opfern angesichts der hohen Bevölkerungsdichte in Gaza kaum vermeiden: Kein Platz ist hier wirklich sicher. Palästinensische Organisationen sprechen von mehr als 900 getöteten Zivilisten, nach israelischen Angaben starben 295. Die Divergenz liegt vor allem darin begründet, dass Israel alle Polizisten in Gaza als Mitglieder einer Terrororganisation

90 Die Armut in Gaza ist sehr hoch, fast 80 Prozent der Bewohner erhalten in irgendeiner Form Hilfe, um über die Runden zu kommen. Vgl. The World Bank (wie Anm. 84).

91 Hier und im Folgenden vgl. Kristina Milz: „Ich bin nicht einmal in der Partei“. Interview mit Isra Almodallal, in: zenith. Zeitschrift für den Orient 6 (2013), S. 14.

92 Das israelische Außenministerium listet auf seiner Homepage alle Opfer palästinensischer Gewalt: Seit dem Jahr 2000 sind demnach 1.315 Menschen getötet worden – die meisten bei Terroranschlägen. Eine Zählung von Ende 2013 ergab die Zahl von 8.549 Verwundeten. Vgl. die Homepage: <http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/terrorism/palestinian/pages/victims%20of%20palestinian%20violence%20and%20terrorism%20sinc.aspx> [Stand: 15.11.2016].

betrachtet; Palästinenser betonen, dass diese zum zivilen Arm der Hamas gehören. Es sollen mindestens 22.000 Häuser beschädigt oder zerstört worden sein, bevor Israel einseitig den Waffenstillstand erklärte.

Der Krieg in Gaza hatte vor allem ein Ziel: die Hamas zu schwächen. Tatsächlich sank deren Zustimmung in Gaza, doch im Westjordanland, dessen Bewohner nicht um ihr Leben fürchten mussten, stieg die Beliebtheit der Islamisten. Dass Anfang Juni 2014 eine „Regierung des nationalen Konsenses“ gegründet wurde, um den innerpalästinensischen Konflikt von Hamas und Fatah zu beenden, sah die israelische Regierung nicht gern. Im Westjordanland wurden wenige Tage später drei jüdische Siedlerkinder entführt, deren Leichen später in der Nähe von Hebron aufgefunden wurden. Es folgte die Festnahme der gesamten Führungsriege der Hamas im Westjordanland durch israelische Sicherheitskräfte, worauf die Hamas in Gaza mit 200 abgefeuerten Raketen antwortete. Daraufhin, im Juli, begann die israelische Operation „Protective Edge“: Am ersten Tag griff die Luftwaffe etwa fünfzig Ziele in Gaza an. Es folgte auch eine Bodenoffensive mit dem Ziel, das illegale Tunnelsystem, das das Grenzgebiet zwischen Gaza und Israel nach und nach untergraben hatte, zu zerstören. Durch die Tunnel waren jahrelang nicht nur Lebensmittel und andere Produkte geschmuggelt worden, sondern auch Waffen für die Hamas. Der jüngste Gaza-Krieg forderte auf palästinensischer Seite mehr als 1000 Menschenleben. Nach Angaben des UN-Nothilfebüros Ocha waren zwei Drittel der Opfer Zivilisten.⁹³ Gaza war wieder einmal zerstört und die Palästinenser mussten sich an den Wiederaufbau machen.

Ein Staat ist nicht in Sicht

Abeer Ayyoub kann nicht verstehen, wie die Israelis, von denen viele entweder selbst den Holocaust überlebt haben oder Kinder und Enkel Überlebender sind, eine solche Politik der Härte durchführen können. Auf den Gedanken, wie zynisch es ist, an Israel gerade aufgrund der traumatischen Erfahrung der Shoah einen höheren ethischen Maßstab anzulegen als an andere Staaten, kommt sie nicht. Diese Anmaßung, die auch hierzulande immer wieder gehört und gelesen werden kann, erscheint vor dem Hintergrund einer Sozialisation in Gaza – der ständigen Gewalterfahrung von innen wie außen, der andauernden Propaganda gegen Israel und das Judentum – zumindest nachvollziehbar. Genauso nachvollziehbar ist es, dass die tief im Gedächtnis des israelischen

Volks verankerte Existenzangst immer wieder dazu führt, dass kompromisslose Politiker, die Sicherheit versprechen, gewählt werden. Es ist aber auch kurzsichtig, denn ein stabiler Frieden mit den Palästinensern – den die Mehrheit der Israelis sich durchaus wünscht – wird ohne Kompromisse nicht zu erreichen sein.

Die vielbeschworene Zweistaatenlösung liegt derzeit auf Eis – mit dem Wahlsieg Donald Trumps in den Vereinigten Staaten scheint sie noch schwieriger zu werden. Naftali Bennett, Israels Erziehungsminister aus dem rechts-religiösen politischen Spektrum, kommentierte das Ergebnis mit den Worten: „Die Ära eines palästinensischen Staates ist vorbei.“⁹⁴ Der designierte amerikanische Präsident hatte im Wahlkampf verlauten lassen, dass er Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt Israels anerkennen und die Botschaft von Tel Aviv in die umkämpfte Stadt verlegen wolle. Sollte er dies wahr machen, wäre das ein radikaler Bruch mit der bisherigen Linie der US-Nahostpolitik: Die internationale Staatengemeinschaft erkennt Jerusalem nicht als israelische Hauptstadt an, weshalb die Botschaften fast aller Staaten – auch die deutsche – ihre Büros in Tel Aviv haben. Es bleibt abzuwarten, was die neue Personalie in Washington, des nach wie vor wichtigsten Vermittlers im Konflikt, für die Palästinenser bedeutet – fest steht aber, dass eine friedliche Lösung ohne die Anerkennung eines Palästinenser-Staates ungleich komplizierter wäre.

Umso wichtiger wird es sein, dass Israelis und Palästinenser die Befindlichkeiten der Gegenseite respektieren. Wer nicht direkt von dem Konflikt im Herzen des Nahen Ostens betroffen ist, täte ebenfalls gut daran, folgendes zu begreifen: Wer versucht, die Perspektive der Palästinenser zu verstehen, muss nicht gleichzeitig den palästinensischen Selbstmordattentäter in Tel Aviv, Raketen aus Gaza oder gar religiös-rassistischen Antisemitismus rechtfertigen. Dieser setzt oftmals Israel mit dem Judentum gleich oder verwechselt die israelische Politik mit der heterogenen Gesellschaft des Landes. Und wer eine israelische Perspektive einnimmt, muss deshalb noch lange nicht unverhältnismäßiger Gewalt und Siedlungsbau das Wort reden. Israelischen und palästinensischen Verhandlungsführern in den Friedensgesprächen bleibt nichts anderes übrig, als die Perspektiven und Narrative des Gegenübers zu verstehen. Wie viel einfacher sollte es da uns Deutschen fallen, den Blickwinkel nicht unzulässig zu verengen. ▀

93 Vgl. Hans-Christian Rössler: Rakete um Rakete, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.07.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/israel-und-gaza-rakete-um-rakete-13042080.html> [Stand: 16.11.2016].

94 Das Zitat und im Folgenden die dpa-Meldung: Naftali Bennett: Idee von Palästinenserstaat mit Trump-Sieg am Ende, in: Qantara.de, 09.11.2016, <http://de.qantara.de/content/naftali-bennett-idee-von-palaestiner-staat-mit-trump-sieg-am-ende> [Stand: 13.11.2016].